



POLITIK FÜR EUROPA

Regionale Identität.
Europäische Vernetzung.
Dynamische Wirtschaft.

UND THÜRINGEN

8 | 2018

Wider das Vergessen – Reflexionen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Die Ermordung der europäischen Juden ist das furchtbarste Ereignis des letzten Jahrhunderts. Mehr als sechs Millionen Menschen wurden Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns und der „Endlösung der Judenfrage“.

Am 27. Januar 1945 befreiten Angehörige der Roten Armee die Überlebenden des größten deutschen Vernichtungslagers, Auschwitz-Birkenau. Das Konzentrationslager steht symbolhaft für den Holocaust, in ihm wurden ca. 1,1 Millionen Menschen umgebracht.

Der Gedenktag wurde am 3. Januar 1996 durch Proklamation des verstorbenen Alt-Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt und auf den 27. Januar festgelegt. Seit 1996 ist der 27. Januar ein bundesweiter, seit 2005 ein weltweiter Gedenktag, an dem an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert werden soll.

Zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust wollen auch wir mit dieser Ausgabe unserer Publikation **Politik für Europa und Thüringen** diejenigen würdigen, welche durch das Nazi-Regime verfolgt und ermordet wurden.

Prof. Dr. Reinhard Schramm

Antisemitismus. Was tun?



Als Kind war ich einfach nur traurig, dass ich nur meine Mutter hatte. Als Heranwachsender hatte ich geträumt, dass die Nazis nicht so fleißig, ordentlich und pünktlich gewesen wären. Ihre Gaskammern hätten sich verspätet und vielleicht wären sie auch nicht so dicht gewesen. Meine Oma Emma Murr wäre nicht in der Gaskammer von Bernburg gestorben.

Als junger Mann fragte ich meine Mutter, warum es in der DDR keine „Wiedergutmachung“ à la BRD gab. Sie brauchte die elterliche Schuhfabrik in Weßenfels nicht zurück, aber ihr unerfüllbarer Wunsch wäre es gewesen, dass ihr Bruder Rudolf Murr das KZ Neuengamme überlebt hätte. Der Preis, den die jüdischen Familien zahlten, war hoch. Nie wieder Antisemitismus! – das war für mich die Minimalforderung an die deutsche Gesellschaft. Über Jahrzehnte schien sie mir erfüllt. Und heute?

Juden werden beschimpft. Juden werden bedroht. Juden werden angegriffen. Juden Hass begleitet rechts- und linksextreme Demonstrationen. Jüdische Grabstätten werden massenweise geschändet. Synagogen werden beschädigt. Jüdische Kinder verlassen aus Angst Schulen. Das Wort Jude wurde auf Schulhöfen und Sportstadien zum unwidersprochenen Schimpfwort. Juden werden aufgefordert, ihre Identität zu verbergen. Juden Hass unter Immigrant_innen wird als Normalität geduldet. Der David-Stern – das Symbol des Judentums – wird auf offener Straße ungestraft verbrannt. Das Existenzrecht des jüdischen Staates wird in Frage gestellt und damit zugleich West-Jerusalem – die Hauptstadt des jüdischen Staat seit dessen Gründung. Die jüdischen Wurzeln Israels werden verleugnet.

Die jüdischen Gemeinden haben in allen demokratischen Parteien, Religionsgemeinschaften, Organisationen und in der Bevölkerung unseres Landes auch zahlreiche Freunde. Aber die Gleichgültigkeit überwiegt in der deutschen Gesellschaft. Manche Politiker_innen und Jurist_innen folgen anscheinend einer solchen Definition von Antisemitismus, die sie moralisch rechtfertigt, nicht gegen jede Form von Juden Hass vorzugehen.

Jüdische Ängste wachsen auch in Thüringen. Wir erhalten Drohbriefe in immer besserem Deutsch, weil der Antisemitismus die Mitte der Gesellschaft erreicht. Einem Mitglied unserer Gemeinde wird im Integrationskurs empfohlen, seine jüdische Herkunft zu verleugnen. Unser Rabbiner wird auf offener Straße von einem Immigranten aggressiv beschimpft. Der Brandanschlag



auf unsere Erfurter Synagoge ist noch nicht vergessen und die gezielten Morde an Juden in Toulouse, Paris, Brüssel und Kopenhagen rücken näher an Deutschlands Grenzen. Das Spektrum des Judenhasses reicht wieder von Vorurteilen bis zum Mord.

Der Zeitpunkt, ab welchem Juden die Existenzangst überkommt, ist sehr unterschiedlich. Aber die Angst wächst unabhängig vom Grad ihrer Religiosität, denn der Hass richtet sich sowohl gegen die jüdische Herkunft als auch gegen die jüdische Religion.

Eigentlich gibt es für Juden keinen Grund sich zu verstecken. Juden - stets weniger als 1% der deutschen Bevölkerung - haben in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft großartiges geleistet. Im deutschen Schulalltag könnte auch das dem Antisemitismus entgegen gestellt werden. Können wir das von unserem Bildungssystem das erwarten? Wahrscheinlich nicht.

Bereits der Vorschlag, einen gut vor- und nachbereiteten Besuch einer KZ-Gedenkstätte in den Unterricht einzuordnen, stieß auf mehr öffentliche Kritik als das Verbrennen des David-Sterns.

Im Bundestag wurde im Januar ein Antrag von SPD, Union, Grünen und FDP unter dem Titel »Antisemitismus entschlossen bekämpfen« angenommen. Das Ausschließen der Linkspartei von der Antragserarbeitung war angesichts solcher Politiker_innen wie Petra Pau, Gregor Gysi oder Bodo Ramelow falsch. Diese Politiker_innen stehen mit ihrem Engagement gegen Antisemitismus in einer Reihe mit Volker Beck, Claudia

Roth, Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier, Norbert Lammer und anderen. Gemeinsam praktizieren sie einen parteiübergreifenden Konsens, weit über die Regierungsparteien hinaus. Sie bekämpfen seit langem den Antisemitismus, ausdrücklich auch die Infragestellung des Existenzrechts Israels, die schmerzlichste und gefährlichste Form des Antisemitismus. Der breite Konsens würde es begründen, dass (wie es Petra Pau vorschlägt) der vorgesehene Bundesbeauftragte für Antisemitismus besser dem Parlament als der Regierung zuzuordnen.

Die AfD, insbesondere ihre Thüringer Fraktion, begünstigt Antisemitismus, solange Stolz auf die Wehrmacht und eine 180-Grad-Wende in der deutschen Erinnerungspolitik zu ihren Überzeugungen gehören. Ihre eindeutige Zweideutigkeit, nicht nur in Bezug auf das angebliche „Denkmal der Schande“, relativiert den Nationalsozialismus. Die bei manchen Demokrat_innen vorhandene Unterschätzung des muslimischen Antisemitismus ist gefährlich. Wir dürfen sie dieses Thema nicht benutzen lassen, um das Asylrecht auszuhöhlen, aber wenn wir heute gegen den Juden Hass unter Immigrant_innen aus muslimischen Ländern zu wenig tun, kann künftig zusammen mit rechten und linken Extremist_innen eine gemeinsame Front der Antisemit_innen entstehen. Deren Kampf gegen die Demokratie wird nicht nur Juden treffen.

*Reinhard Schramm ist Fraktionsvorsitzender der SPD Ilmenau
Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen*

Dieser Artikel erschien am 6. Februar 2018 in der Thüringer Landeszeitung.

Workshop

„Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“

„Menschenfeindlichkeit widerspricht dem grundlegenden Prinzip einer Demokratie, das sich an der Gleichwertigkeit von Menschen orientiert. Dort, wo Menschenfeindlichkeit das Handeln von Personengruppen bestimmt, wird die Gesellschaft gespalten und das Zusammenleben gefährdet.“¹

Mit dem Workshop „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ und der dazugehörigen Ausstellung möchten wir junge Menschen auf die Gefahren von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aufmerksam machen und sie in ihrem demokratischen Selbstbewusstsein bestärken. Dazu bieten wir flexibel gestaltbare Workshops an, in denen wir für zwei Schulstunden oder einem kompletten Projekttag über verschiedene thematische Schwerpunkte sprechen. Dabei kann individuell mit den Schulen abgesprochen werden, welche Schwerpunkte genau gesetzt werden sollen.

Themen, die hier behandelt werden sind z.B.: Warum ist Demokratie eigentlich schützenswert? Warum gefährdet die rechte Szene die Demokratie? Warum ist die moderne rechte Szene für junge Menschen attraktiv? Welche Symbole und Erkennungszeichen nutzen Rechtsextremisten? Welche Strategie verfolgen Rechte bei einer Diskussion und wie argu-

mentiert man eigentlich gegen rechte Stammtischparolen? Durch erfahrene junge Teamer_innen werden Jugendliche ab 14 Jahren geschult und sensibilisiert. Zusätzlich zum Workshop kann auch eine mobile Ausstellung mit 18 farbenfrohen Tafeln aufgestellt werden, die sich z.B. auch spezifisch mit rechten Aktivitäten in Thüringen auseinandersetzen oder die bunte Vielfalt im Freistaat aufzeigen. Alle Workshops sind unentgeltlich und können jederzeit unter jugendbildung-th@fes.de gebucht werden.



¹ Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela 2016: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn. 34 – 35.



REDE

Lorenz S. Beckhardt, geboren 1961, Diplom-Chemiker und Journalist. Autor, Redakteur und Reporter für die ARD, den WDR und 3sat, recherchierte für den WDR-Dokumentarfilm „Der Jude mit dem Hakenkreuz“ (WDR 2007) über seinen Großvater.

Rede zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 25. Januar 2018
im Kulturzentrum der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen in Erfurt.

Nie wieder? – Von der Illusion, Deutschland habe aus seiner Geschichte gelernt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Brüder und Schwestern der Jüdischen
Gemeinschaft Thüringens,

Ich spreche heute zu Ihnen, weil am 6. Oktober 1939 mein Großvater Fritz Beckhardt in das nicht weit von hier gelegene Konzentrationslager Buchenwald als jüdischer Rasseschänder eingeliefert wurde. Die Geschichte unserer Familie habe ich in dem viel beachteten Buch „Der Jude mit dem Hakenkreuz“ beschrieben. Darin ist viel von den alten Nazis die Rede. Sie sind heute nicht mein Thema. Lassen Sie uns über die Neuen reden!

Dieser Gedenktag wurde eingerichtet, um der Taten der alten Nazis und ihrer Gefolgschaft zu gedenken – wir Juden denken dabei natürlich in erster Linie an die Opfer –, aber das geht heute nicht mehr, nur in der Rückschau. Wenn wir nicht selbst zu Opfern werden wollen, müssen wir nach vorne schauen!

Und da habe ich eine gute Nachricht. Vergessen Sie Björn Höcke! Die AfD ist nämlich gegen Antisemitismus.

Ja. Lachen Sie, wenn Ihnen danach ist. Juden lachen zu den unmöglichsten Gelegenheiten, gerade auch zu besonders bitteren. Aber glauben Sie jetzt nicht, dass ich hier eine kabarettistische Rede halte!

Der AfD-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag ist der Ansicht, dass das, was wir hier heute tun, „dämliche Bewältigungspolitik“ sei. Das Berliner Holocaust-Mahnmal, das mir im Übrigen auch nicht gefällt, nennt er „ein Denkmal der Schande“. Der „Import fremder Völkerschaften“ bedrohe Deutschland. Damit sind die unter Ihnen gemeint, die in dieses Land eingewandert sind.

Die AfD lehnt es ab, dass Höcke und andere neue Nazis wie der Holocaustleugner und baden-württembergische Landtagsabgeordnete Gedeon aus ihren Reihen entfernt werden. Stattdessen hält die Partei das, was wir hier tun, für eine „Verengung der deutschen Erinnerungskultur“. So steht es im Parteiprogramm.

Da man sich, wenn man in Deutschland einen Nazi einen solchen nennt, immer auch angreifbar macht, möchte ich Ihnen ein paar Hinweise liefern, die das Urteil absichern über die „braune Brut“, wie der Präsident meines Lieblings-Fußballvereins Eintracht Frankfurt, Peter Fischer, jüngst die AfD



und ihre Anhänger_innen nannte. Am Sonntag auf der Mitgliederversammlung des Vereins werden deswegen womöglich die Fetzen fliegen. Fußball kann der Demokratie nützlicher sein, als man gemeinhin meint.

Jener Höcke also sagte in einer Rede im Brauhaus Watzke in Dresden vor einem Jahr, dass wir, die wir nicht aufhören wollen, an die deutschen Verbrechen zu erinnern, es „mit der nach 1945 begonnenen Umerziehung“ fast geschafft hätten, das deutsche Volk „mit Stumpf und Stil zu vernichten“. Ich weiß nicht, ob man das, was in der DDR gelaufen ist, eine Umerziehung nennen kann. Wenn, dann war sie nicht erfolgreich. Im Westen fand eine solche definitiv nicht statt.

Aber das Interessante an der Aussage ist, dass dahinter die Sichtweise hervortritt, die Erziehung der Deutschen sei bis 1945 ganz okay gewesen und danach hätte es besser keine weitere gegeben. Ich sehe darin eine Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland und ein Bekenntnis zu den Werten des Dritten Reichs. Nur der §130 des StGB, der Volksverhetzung und Holocaustleugnung unter Strafe stellt, hindert Höcke und seine Freunde_innen das klar auszusprechen, weshalb er konsequenterweise die Abschaffung dieses Paragraphen fordert.

Es ist ein altes Argumentationsmuster der Nationalsozialisten, sich und die eigene Anhängerschaft zu Opfern zu stilisieren, zu behaupten, die verlotterte demokratische Gesellschaft und ihre Strippenzieher im Hintergrund unterdrückten die deutsche Kultur. Adolf Hitler hat jede seiner Reden – und ich habe fast alle gelesen –, Hitler hat seine gesamte Rhetorik nach diesem Strickmuster aufgebaut. Immer und immer wieder sich und die national gesinnten Deutschen zu Verfolgten



stilisiert. Und wenn ich heute führende Leute der AfD reden höre, dann höre ich, dass sie sich diese Rhetorik abgeschaut haben. Ein Mann wie Höcke baut ganze Textbausteine von Hitler in seine Reden ein. Er hat sich die Reden alle angehört und vermutlich wie Hitler damals – Sie kennen die Bilder – vor dem Spiegel gestanden und geübt.

Und warum trennt sich der bürgerliche, rechtsnationale Flügel der AfD nicht von diesen Leuten? Weil die Geschichte bewiesen hat, dass die Strategie der NSDAP, konservativ bürgerliche und faschistische Programmatik zu verheiraten, ein Erfolgsmodell war. Sachliche, durchaus legitime Kritik an der Politik der Regierung mit völkischer Hetze zu verbinden, macht letztere anschlussfähig. Rassisten werden so mehrheitsfähig. Die AfD hat definitiv aus der Geschichte gelernt! Denn die Geschichte hat bewiesen, dass man mit dieser Rhetorik eine Demokratie zerstören kann, wenn diese Demokratie tolerant gegen ihre Feinde ist. Wenn sie den Feinden der Demokratie ihre Türen öffnet.

Dazu ein brandaktuelles Zitat von Joseph Goebbels aus dem April 1928:

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. Wir zerbrechen uns darüber nicht den Kopf. (...) Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“

Das Zitat stammt aus dem Artikel „Was wollen wir im Reichstag?“ im „Angriff“, dem Berliner NSDAP-Blatt vom 30. April 1928. Drei Wochen danach bekam die NSDAP bei Reichstagswahlen 2,6 Prozent. Harmlos, nicht wahr? Heute wären die Nazis damit an der 5-Prozenthürde gescheitert. Die AfD ist schon weiter. Aber so ehrlich wie Goebbels sind Höcke, Gauland und Weidel noch nicht.

Jetzt aber zur angekündigten guten Nachricht. Sie erinnern sich? Die AfD ist gegen Antisemitismus.

Heute vor einer Woche, am 18. Januar 2018, hat der Deutsche Bundestag einen Beschluss zum Thema „Antisemitismus“ gefasst. Lassen Sie mich ein paar Sätze daraus zitieren.

„Boykottaufrufe und Beleidigungen gegen Israel und Juden gibt es bereits seit Jahren in Deutschland (...). Der Deutsche Bundestag verurteilt das Verbrennen von israelischen Fahnen oder anderer Symbole des Staates Israel sowie jüdischer Symbole scharf.“

„Der Deutsche Bundestag verurteilt den Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte und Waren sowie die Aufbringung von „Don't Buy“-Schildern auf Waren aus Israel aufs Schärfste.“

Weiter stellt der Bundestag fest, „dass antisemitische Einstellungen und Ressentiments nicht nur ein Problem von Randgruppen sind, sondern bis in die Mitte unserer Gesellschaft reichen.“

In dem Beschluss fordert das Parlament die Bundesregierung auf, einen Antisemitismusbeauftragten zu ernennen, der Ansprechpartner „für Belange jüdischer Gruppen“ sein soll, der sich dafür einsetzen soll, „das Gedenken an den Holocaust wachzuhalten und die Erinnerungseinrichtungen (...) zu stärken“, also das, was wir hier tun, soll unterstützt werden, und natürlich soll sich der Antisemitismusbeauftragte für die Bekämpfung des Antisemitismus auf allen Ebenen einsetzen.

Alle Fraktionen haben dem Antrag zugestimmt bis auf die Linke, die nicht einsehen mag, dass man Ausländer, die hier Judenhass verbreiten, auszuweisen sollte. Und bei der es zu viele Leute gibt, die Israel nicht mögen. Zwar war die Linke so ehrlich und hat sich bei der Abstimmung enthalten, aber besser macht es das nicht wirklich.

Anders die AfD. Sie hat zugestimmt, wobei die Rednerin, deren Namen mir entfallen ist, wahrheitswidrig den Judenhass eingewanderter Muslime heraushob und den von Rechts verharmloste, während die Zahlen zeigen, dass 90 Prozent der antisemitischen Straftaten in Deutschland von Rechtsextremen begangen werden – von Leuten, die vermutlich mehrheitlich die AfD wählen, wenn sie ihr nicht sogar angehören. Aber die AfD hat dennoch zugestimmt.

Und das zeigt erneut, dass die AfD aus der Geschichte gelernt hat. Eine Geschichte aus meinem Buch beschreibt, wie die alten Nazis das damals machten: Wie nah sich die Kapitalismuskritik der Nazis und der linken Arbeiterparteien in Weimar kamen, zeigt ein Zitat aus einem SPD-Flugblatt, das das NSDAP-Blatt Nassauer Beobachter kommentierte. Das Zitat lautet: „Den wirksamsten Kampf gegen den Antisemitismus führt die Sozialdemokratie! Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle, er kann nur durch den Sozialismus der Verständigen überwunden werden. Aus dem Sumpfboden kapitalistischer Ausbeutung erwächst immer wieder die Giftpflanze des Judenhasses.“ Soweit der Originaltext der SPD. Der Kommentar des Nazi-Redakteurs dazu: „Abgesehen von der ‚Giftpflanze‘ stimmt das!“

Überrascht hat mich die Offenheit, mit der die Nationalsozialisten ihre Vision für Deutschland beschrieben, hatte ich doch bis dato gebetsmühlenartig vernommen, dass die Deutschen nicht wissen konnten, was mit Hitler auf sie zukommen würde. Heute gibt es diese Ausrede nicht mehr. Heute wissen wir, was auf uns zukommen kann.

„Vorboten der Diktatur“ hieß damals ein glänzend geschriebener Zweispalter, der kurz nach der Wahlschlappe von 1928 erschien – 5 Jahre bevor Hitler an die Macht kam: „Unsere Stunde reift heran. Wir wissen es.“ So beginnt der Text, der



die Jahre des beharrlichen Kampfes gegen das System beschreibt, die Rückschläge und Niederlagen preist, die die Kämpfer_innen nur noch härter gemacht hätten. In geschliffenen Formulierungen wird skizziert, wie marode „das System“ sei, wie korrupt seine Repräsentanten, die man zu gegebener Zeit zur Rechenschaft ziehen werde, denn „der Parlamentarismus hat verspielt. Ein feiges und rückgratloses, raff und gewinngeriges System tritt ab und wird ersetzt durch eines von eiserner Strenge. Die Nationalsozialistische Diktatur. Die Stunde reift heran.“

Die Leser_innen des Nassauer Beobachters hatten ihren Spaß, denn die Artikel waren polemisch, böse, witzig, unsachlich, angereichert mit rhetorisch brillanten Formulierungen. Sie gingen unter die Gürtellinie. Man spürt die Lust, das Alte zu zerfetzen. (...) Sie hetzten gegen die Demokratie und gegen uns Juden. Sie machten das richtig gut. Kein Zweifel: Der nationalsozialistische Aufstand gegen das Establishment hat seinen Akteuren Spaß gemacht.

Und jetzt schauen Sie mal heute in die sozialen Medien! Über Facebook und Youtube erreichen die neuen Nazis Millionen Menschen. Da erleben Sie die gleiche Frechheit, die gleiche Zuversicht und gute Laune, mit der sich die AfD und ihr Umfeld auf die nächste Machtübernahme freuen. Wüsste man nicht, dass die Leute, die da reden, echt sind, könnte man es für eine Neuverfilmung der NS-Zeit in den Kulissen des 21. Jahrhunderts halten.

Die Nazis haben aus der Geschichte gelernt. Und wir?

Die AfD-Rednerin im Bundestag, deren Namen mir nicht einfällt, betonte, wie wichtig es ihr sei, dass wir Juden vor dem islamischen Antisemitismus geschützt werden. Keine Frage, den gibt es. Aber aus dem Munde der AfD-Rednerin kommt nur Schall und noch mehr Rauch. Ich weiß nicht, wie es hier in Erfurt aussieht, aber ich kenne zu viele Juden, die der AfD dafür Beifall spenden in der irrigen Annahme, der Feind ihres vermeintlichen Feindes sei ihr Freund. Eine schöne Widerlegung des antisemitischen Klischees, alle Juden seien schlaue.

Wie wenig wir aus der Geschichte gelernt haben, wenn wir der alten Nazi-Rhetorik wieder auf den Leim gehen, das illustriert eine Geschichte aus meiner Familie von 1929.

„Bloß keinen Riches machen!“, das war das Lebensmotto meiner Urgroßmutter Hannchen Neumann. Unsichtbar bleiben, das war ihre Richtschnur. „Riches machen“, damit meinte Sie, Antisemitismus hervorrufen durch ungebührliches Verhalten. Besonders das Erscheinungsbild der so genannten Ostjuden stieß ihr auf. Diese wüssten „sich nicht zu benehmen“, ihre Frauen kleideten sich „geschmacklos“, in dem sie zu offen zeigten, wenn sie Geld hatten. Damit erregten sie Ärger in der nicht-jüdischen Bevölkerung, fand Hannchen und stand nicht alleine. Die Mehrheit der Wiesbadener Juden fühlte sich durch die Ostjuden so sehr provoziert, dass sie „ein gewisses Verständnis“ für die Antisemiten aufbrach-

ten. „Wir nannten sie Polacken“, erinnerte mein Vater Kurt, „Wir hatten keinen Kontakt zu denen.“

Die Ostjuden waren aus Russland geflohen, nachdem Zar Alexander II. im März 1881 ermordet worden war. Sein Nachfolger Alexander III. lenkte den Volkszorn auf die Juden des Zarenreiches und die Christen in Kiew, Odessa und Kischinew fielen über die Shtetl her und ermordeten Tausende. Zwei Millionen Juden flohen daraufhin in den Westen. Ein Teil bildete die „erste Aliya“, die Einwanderungswelle nach Palästina, die die Zionisten später zum Beginn der jüdischen Rückeroberung von Erez Israel verkündeten.

In Deutschland lebten nach dem 1. Weltkrieg etwa 100.000 Ostjuden, die meisten in Berlin. In Wiesbaden wohnten 1.000 Ostjuden im Westend, einem lebendigen Arbeiterviertel mit Mehrfamilienhäusern und Mietskasernen.

Den alteingesessenen Juden erschienen die „ostjüdischen Brüder“ fremd. Sie sprachen jiddisch, die Männer trugen schwarze Kaftane und Hüte und betrieben kleine Läden für Haushaltswaren, Wäsche und Textilien. Andere standen mit Körben voll Gebäck an der Straßenecke oder trugen Bauchläden mit Kurzwaren. Manche bettelten auch.

Im Frühjahr 1929 gab es plötzlich heftigen Streit unter den Wiesbadener Juden. Anlass war die Bornstein-Affäre. Der Kaufmann Juda Bornstein hatte vor dem Krieg mit einem Haushaltswarenladen begonnen und später weitere Lebensmittelgeschäfte sowie das Hotel „Zum Bären“ gegenüber der Nazikneipe „Bierstall“ gekauft. (*Bierstall, Bürgerbräukeller, Brauhaus Watzke – merken Sie was? Nazi-Propaganda hat oft mit Alkohol zu tun*) Bornsteins Geschäfte waren teilweise mit ungedeckten Wechseln finanziert worden.

Die Bornstein-Affäre alarmierte die alteingesessenen Wiesbadener Juden, denn nicht nur der Nassauer Beobachter brachte die Geschichte vom „galizischen Juden“, der im Krieg seinen Reibach gemacht und gutgläubige Geschäftsleute über den Tisch gezogen habe, während die „ehrlichen Deutschen“ im Felde gestanden hätten. Auch bürgerliche Blätter schlugen in die gleiche Kerbe.

Issak Oesterreicher, ein Sprecher der Ostjuden, diagnostizierte, eine „Ostjudenpsychose“ habe die „westjüdische Seele“ befallen. „Sie vergessen, dass die Ostjuden nur ein Vorwand sind, um die Juden in ihrer Gesamtheit zu treffen. Schließlich beendeten die Nazis den innerjüdischen Streit. „Wir möchten keine Irrtümer aufkommen lassen“, schrieb der Nassauer Beobachter, „und bestätigen gern die Vermutung des Verfassers von der „Ostjüdischen Vereinigung“. Der Angriff richtet sich gegen Alljuda, denn wir unterscheiden nicht zwischen Ost- und Westjuden, sondern zwischen Juden und Deutschen.“

Was können wir aus dieser Geschichte heute lernen? Es macht keinen Sinn darauf zu hoffen, dass sie sich dieses Mal



an den Muslimen abarbeiten werden und uns in Ruhe lassen. Darauf zu hoffen, ist im Wortsinn tödlich.

Werfen Sie mit mir noch einen Blick auf das folgende Jahr, das Jahr 1930 – drei Jahre bevor Adolf Hitler an die Macht kam. Und wegen ihm und seinesgleichen sind wir ja heute hier. Das, was damals begann, wirkt ja noch. Sonst bräuhete es ja diesen Gedenktag nicht.

„Am Morgen des 16. März 1930 steckte mein Großvater Fritz, der höchst dekorierteste jüdische Weltkriegsteilnehmer auf deutscher Seite, seine Orden an die Brust und fuhr zum israelitischen Friedhof um den Heldengedenktag zu begehen, sich der Gefallenen des Krieges zu erinnern, vor allem der geschmähten jüdischen. Es sprach Saul Lilienthal, der Kantor der Gemeinde und Vorsitzende des Wiesbadener Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten.

Militärische Aufmärsche und Gedenkveranstaltungen gehörten schon 1930 zu den wenigen Anlässen, an denen Juden noch erkennbar in der Öffentlichkeit auftauchten. Die meisten politischen Versammlungen, die von der jüdischen Organisationen veranstaltet wurden, fanden vor kleinem Publikum „im Saale“ statt, häufig in den Räumen der jüdischen Loge Nassau in der Friedrichstraße, die an den Türen Reichsbannerleute als Saalschutz postierte. Es waren Abende der Hilflosigkeit. Das Propagandamaterial, auf das sich die Redner stützten, wie die vom Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens herausgegebene Loseblattsammlung „Anti-Nazi“, war in der Wortwahl zu intellektuell, um die Massen auf der Straße zu erreichen, wo die SA täglich aufmarschierte. Ohnehin kamen die immer gleichen Aufrechten.

In Berlin regierte der Zentrumsrepublikaner Heinrich Brüning gemeinsam mit den rechtsliberalen Parteien ohne parlamentarische Mehrheit. Er versuchte durch eine rigide Sparpolitik, höhere Steuern und niedrigere Sozialleistungen in der Weltwirtschaftskrise Deutschlands Export anzukurbeln. Da er gegen die Stimmen von SPD, KPD und NSDAP keine Gesetze durch den Reichstag bringen konnte, regierte er mit Notverordnungen, die der Reichspräsident nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung erlassen konnte. Es war der erste einer langen Reihe von Schlägen gegen die parlamentarische Demokratie. Die Juden standen Brüning zwiespältig gegenüber. Die Vermögenden hofften, mit ihm zu Ruhe und Ordnung zurückzufinden, die Mehrheit tendierte zur SPD. Gemeinsam zogen sie die Köpfe ein angesichts des heraufziehenden Sturms. Zeiten wie diese waren wie gemacht für Saul Lilienthal, der sich gegen die Trägheit der Juden stemmte.

Im Juni 1930 schrieb Lilienthal unter dem Titel „Aufwachen!“ einen prophetischen Text für die Jüdische Wochenzeitung. Ein halbes Jahr zuvor war Wilhelm Frick in Thüringen zum Staatsminister für Inneres und Volksbildung ernannt worden. Frick war der erste Nazi, der in der Weimarer Republik ein

Ministeramt bekleidete. Er entließ sozialdemokratische und kommunistische Beamte, setzte Bürgermeister ab und füllte die Reihen der Landespolizei mit Nationalsozialisten auf. An der Universität Jena schuf er einen Lehrstuhl für Rassenforschung. Kritische Zeitungen sowie Theaterstücke und Filme mit pazifistischen Inhalten wurden verboten. Den weltberühmten Generalmusikdirektor des Weimarer Nationaltheaters Ernst Praetorius wollte er entlassen, weil seine Frau Jüdin war. Das alles störte die Öffentlichkeit nicht.

Erst als Frick das Schulgebet in einen völkischen Appell umwandelte („Schenk uns des Heilandes heldischen Mut ... Deutschland erwache! Herr mach uns frei!“), regte sich Protest. Ein Misstrauensantrag im Landtag zwang ihn 1931 schließlich zum Rücktritt, zwei Jahre später war er Hitlers Reichsinnenminister.

Saul Lilienthal schrieb über Deutschland, Frick und die Juden: „Ungläubigkeit weiter Kreise der deutschen Judenheit, vielfach in Bequemlichkeit und nicht berechtigter Selbstsicherheit begründet, hat es verschuldet, dass der Gegenwehr der deutschen Juden der Schwung fehlt. Es genügt nicht, dass man auf sein Bürgerrecht pocht und nach dem Kadi schreit. Auch der beste Richter kann sich seiner Weltanschauung schwer, einer Massensuggestion, wie sie der Nationalsozialismus zu werden beginnt, noch weniger entziehen. Gesetze selbst können geändert werden, wenn die ‚zeitgemäße Auslegung‘ nicht mehr genügt.“

Lilienthal war ein Prophet, der die Behauptung glänzend widerlegt, dass niemand habe voraussehen können, was mit den Nazis kommen würde. Zweieinhalb Jahre vor der Machtübergabe an Hitler schrieb er in bewundernswerter Klarheit: „Die ausgezeichnet organisierte und von der Großindustrie reichlich mit Mitteln unterstützte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat die Absicht, die gesamte bürgerliche Gesellschaft aus dem Gleichgewicht zu bringen, ihre Widerstandsfähigkeit, die ohnehin durch Inflation und Steuerdruck erlahmt ist, zu vernichten, die Arbeiterschaft durch Versprechungen zu spalten und zu schwächen, Beamtschaft und insbesondere Polizei, die durch Zellenbildung schon stark infiziert sein mögen, zur Gleichgültigkeit gegen den heutigen Staat zu bringen und so eines Tages durch eine ‚verfassungsmäßige‘ plötzliche ‚Unternehmung‘ die Herrschaft zu gewinnen. Groß genug ist die Gefahr schon, dass wir in einem dem faschistischen äußerlich nachgeahmten Staat als politische Prügelknaben Bürger zweiten Ranges werden.“

Eine Woche später druckte Lilienthal den Aufruf „An die deutschen Juden“ aus der Wochenzeitschrift Deutsche Republik, in dem es hieß:

„Muss man es Euch 150 Jahre nach Rousseau noch ausdrücklich sagen, dass die Menschen sich von ihrem Gefühl, nicht von ihrem Verstand leiten lassen? Ihr seid mehr als der



Durchschnitt wirtschaftlich geschult. Wisst also genau, dass die völkische Unterscheidung zwischen ‚schaffendem‘ und ‚raffendem‘ Kapital Blödsinn ist. Aber glaubt Ihr wirklich, dass verhungerte und verzweifelte Millionen gegebenenfalls darüber tiefsinnig grübeln werden? Auf was wartet Ihr noch? Auf das Jahr 1940, wenn die jetzt bis zur Bewusstlosigkeit verhetzte Jugend im Amt sein wird? Was soll aus euch werden, wenn das herrschende System die heute schon verelendeten Millionen zuletzt gar nicht mehr ernähren kann? Ihr werdet die ersten Opfer sein. Man wird Euch nicht gerade totschiessen? Kommt es nicht auf dasselbe hinaus, wenn kein Mensch mehr in Eure Kontore, Läden, Sprechzimmer kommt. Ein solcher von den Hakenkreuzlern für den Fall ihres Sieges bereits angekündigter Boykott ließe sich erzwingen.“

Welch eine hellsichtige Analyse, finden Sie nicht? „Geschichte wiederholt sich nicht“ war ein oft gehörter Satz in meiner Jugend. Heute höre ich ihn seltener, aber ich höre ihn noch. Dieser Satz ist falsch. Wir werden gerade Zeugen einer Wiederholung. Das ist so simpel wie beim Fußball (Sie merken, dass ich Fußball-Fan bin). Man kann ein Spiel unendlich oft wiederholen. Die gegnerischen Parteien werden sich nie exakt so wie im letzten Spiel verhalten, aber immer wieder ähnlich. Sie werden immer wieder die gleichen Taktiken, die gleichen Methoden anwenden, um den Gegner zu besiegen. Aber das Gute, das Stück Hoffnung darin für uns ist, dass man nie weiß, wie es ausgehen wird.

Ich komme auf die Zielgerade. Erinnern Sie sich noch an die Behauptung, es habe in Deutschland nach 1945 eine Umerziehung stattgefunden?

Im Juli 1952 warfen junge Männer nachts die Scheiben des Geschäfts meiner Eltern ein. Dabei brüllten sie antisemitische Parolen und bezeichneten meinen Großvater als „Judd Bormas von Sonnenberg“. Sonnenberg heißt der Vorort von Wiesbaden, wo ich aufgewachsen bin und Bormas war ein jüdischer Geschäftsmann, auf den die NSDAP in den 1920er Jahren Jagd gemacht hatte. Dazu passt, was im gleichen Jahr in der deutschen Politik geschah.

Im September 1952, zwei Monate nach der „Sonnenberger Kristallnacht“, unterzeichneten Bundeskanzler Adenauer, der israelische Außenminister Scharet und der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Goldmann das „Luxemburger Abkommen“, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtete, Israel Waren im Wert von drei Milliarden Mark zu liefern sowie 500 Millionen Mark an die Claims Conference zu zahlen. Daraufhin brach die Arabische Liga die wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik ab. SS-Offiziere, die sich in arabischen Ländern als Berater niedergelassen hatten, und die Lobby der ehemaligen Ariseure mobilisierten die arische Mehrheit, um die Ratifizierung des Abkommens durch den Bundestag zu verhindern. Der CSU-Abgeordnete Franz-Josef Strauß warnte vor dem Bruch der „deutsch-arabischen Freundschaft“. Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm (Deutsche Partei) forderte, vor den Juden zuerst die Vertriebenen zu entschädigen. Die Kampagne hatte Erfolg. Fast die Hälfte der Abgeordneten der Regierungskoalition und die Fraktion der KPD verweigerten die Zustimmung. Nur durch das geschlossene Votum der SPD-Fraktion konnte der Vertrag in Kraft treten.

Es gab keine Umerziehung. Es gab auch kein Lernen aus der Geschichte. Einzelne zogen ihre persönlichen Konsequenzen aus den Geschehnissen vor 1945, aber die deutsche Gesellschaft als Ganzes wollte und will nicht lernen.

Was es gab, war ein kurzes Schweigen der völkischen Antisemiten zwischen 1968 und 1989, zwischen der kleinen Kulturrevolution der 68er, als Studenten ihre Eltern danach fragten, was jene 30 Jahre zuvor getan hatten, und der deutschen Vereinigung. Am 9. November 1989 war die kurze Phase des Schweigens der Völkischen vorbei. Mir, der ich in dieser Zeit aufwuchs, gaukelte sie vor, dieses Land hätte seine Geschichte überwunden. Ich habe das ernsthaft eine Zeit lang geglaubt.

Am 9. November 1989 rief mich meine Schwester an, die damals in Italien lebte und im Fernsehen die deutschen Fahnen am Brandenburger Tor sah, voller Sorge, weil sie die Bilder an den Fackelzug der SA am 30. Januar 1933 erinnerten. Ich habe sie damals beruhigt, ihr die Assoziation ausgeredet, weil ich ihre Weitsicht nicht erkannte, nicht erkennen wollte.



Noch eine letzte Episode aus dem Jahr 1953, als das so genannte Bundesergänzungsgesetz in Kraft trat. Die West-Alliierten hatten Adenauer zu einer bundeseinheitlichen Regelung der Entschädigung von NS-Opfern gedrängt, wobei die Regierungsparteien bis zuletzt versuchten, NS-Opfer und „Rückertungsgeschädigte“ über einen Kamm zu scheeren. Unter einem „Rückertungsgeschädigten“ verstand man einen Arier, der eine Wohnzimmereinrichtung zurückgeben musste, die er 1942 aus einem „Judenhaus“ ersteigert hatte, obwohl er sie in dem guten Glauben erworben hatte, es habe sich um eine Gefälligkeit des Führers gehandelt, die rein zufällig zeitlich mit der Deportation der jüdischen Nachbar_innen zusammenfiel.

Kurz zuvor war bei der Bundestagswahl im September die „NSDAP mit 129 Abgeordneten, die mittlerweile bei anderen Fraktionen untergekröchen waren, in den Bundestag eingezogen. Heute dagegen sind die 92 AfD-Abgeordneten gut sichtbar. Das ist gut so.

Wenn der Bundestag nun endlich festgestellt hat, „dass antisemitische Einstellungen (...) bis in die Mitte unserer Gesellschaft reichen“, dann freut mich das. Aber das war schon immer so. Die AfD macht das endlich sichtbar. Und wissen sie

was? Wenn das nicht mit politischem Einfluss und Teilhabe an politischer Macht verbunden wäre, störte mich das nicht.

Zum Schluss werden Sie sich womöglich fragen, ob ich der Meinung sei, man könne gar nicht aus der Geschichte lernen. Doch. Kann man. Ich gebe Ihnen ein etwas unappetitliches Beispiel.

Wenn ein Mensch unter sich macht, sich einnässt, dann schämt er sich. Und die Menschen, die ihn in diesem Zustand sehen, schauen mal mitleidig, mal irritiert, manche vielleicht auch empört zur Seite. Die Scham, die Gefühle, die eine solche Situation auslöst, stecken tief in uns drin. Wir haben sie über Jahrtausende so intensiv und nachhaltig erlernt, dass sie schon in unseren Genen stecken.

Wenn wir eines Tages soweit sind, dass ein Mensch, der antisemitische, rassistische, sexistische oder völkische Gedanken äußert, sich im selben Augenblick so fühlt, als habe er in aller Öffentlichkeit die Hosen voll. Und wenn die ihn umgebende Gesellschaft den Gestank nicht aushalten kann, wenn die Abwehr gegen völkisches Gedankengut nicht mehr aus dem Kopf, sondern spontan und unkontrolliert aus dem Bauch kommt, dann erst hat diese Gesellschaft aus der Geschichte gelernt.

Lesetipps

- ➡ **Thüringen Monitor**, http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_2017_schlussfassung.pdf
- ➡ Elie Wiesel: **„Darüber zu sprechen, ist unmöglich, darüber zu schweigen, verboten“**, FES-Dokumentation einer literarischen Matinee zum Holocaust-Gedenktag, texte zusammengestellt von Peter Singer
- ➡ Ralf Melzer (Hrsg.): **Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland 2016**, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2016

